

Reg-Nr: 623.01
Antragsnummer: A422/2022
Eingangsdatum: 01.12.2022
Federführung: Dezernat V
Mitzeichnung: (leer)
SharePoint-ID: 453

STADT MANNHEIM²

Migrationsbeirat

Stadt Mannheim | Migrationsbeirat | Rathaus, E 5 | 68159 Mannheim

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

Der Vorstand
Frau Heidl (Geschäftsstelle)
Rathaus, E5
68159 Mannheim
Tel. 0621 293 9495
Fax 0621 293 479495
mailin.heidl@mannheim.de

02.12.2022

Antrag zu den Etatberatungen 2023

Personelle Aufstockung der Abteilung Einbürgerungen

Antrag:

Die Stadtverwaltung schafft drei zusätzliche Sachbearbeiter*innenstellen zur Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen im Fachbereich Bürgerdienste/Abteilung 33.24 Einbürgerungen, um die aktuell bestehenden Bearbeitungsrückstände sowie das zu erwartende erhöhte Antragsaufkommen ab dem kommenden Jahr bewältigen zu können.

Zu rechnen ist hierbei ab 2024 mit Personalkosten in Höhe von ca. 210.000,- EUR pro Jahr (ca. 70.000,- EUR/Stelle). Im kommenden Haushaltsjahr 2023 reduzieren sich die Kosten um ungefähr die Hälfte (ca. 105.000,- EUR), da mit einer Besetzung der Stellen frühestens zur zweiten Jahreshälfte zu rechnen ist. In dieser Berechnung nicht berücksichtigt sind die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 255,- EUR pro Einbürgerung, die die Stadtverwaltung mit dem zusätzlichen Personal erwirtschaften kann.

Dienststelle:	TEH:	TFH:	Seite im Haushaltsplan
33	Ja	Nein	623

HH-Plan 2023: 105.000 €	HH-Plan 2024: 210.000 €	HH-Plan 2025: 210.000 €	HH-Plan 2026: 210.000 €
--	--	--	--

Produkt-Nr/Inv. 1.12.22

Strategisches Ziel: 2 Lebensqualität bieten, Wohlbefinden ermöglichen.

Antragsbegründung:

Bereits im Jahr 2013 startete die Stadt Mannheim eine Kampagne, um Mannheimer*innen mit bislang ausländischem Pass davon zu überzeugen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Seitdem hat sich die Zahl der Einbürgerungsanträge in Mannheim kontinuierlich erhöht: Nach Auskunft der Abteilung Zuwanderung und Einbürgerung wurden im Jahr 2021 942 Anträge gestellt, in diesem Jahr sind es bereits 1100. Und sowohl der Sachverständigenrat für Integration und Migration als auch die Verantwortlichen in der Abteilung Zuwanderung und Einbürgerung der Stadt Mannheim rechnen in den kommenden Jahren mit einer weiteren Erhöhung der Antragszahlen:

Bundesweit haben 131.600 Ausländer*innen im Jahr 2021 den deutschen Pass erhalten – rund 20

Prozent mehr als in den Vorjahren. Dabei handelt es sich mehrheitlich um ehemalige syrische Staatsangehörige, von denen rund 19.100 Personen eingebürgert wurden – fast dreimal so viele wie im Jahr 2020 und rund fünfmal so viele wie im Jahr 2019. Die weitere Entwicklung prognostiziert der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration anhand von Untersuchungen und Hochrechnungen wie folgt und fordert eine entsprechende Reaktion von Politik und Verwaltung: „Betrachtet man nun die Einbürgerungsneigung von Flüchtlingen und die Zuzugszahlen der vergangenen Jahre und schließt daraus auf die Zukunft, dann ist von erheblichen Steigerungen insbesondere ab 2022 auszugehen. In den Jahren 2023–2025 könnte die absolute Zahl an Einbürgerungen pro Jahr durchaus rund 50 Prozent über dem sonst ‚üblichen‘ Wert von rund 110.000 liegen – nicht zuletzt, weil viele syrische Flüchtlinge die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen werden.“ (Sachverständigenrat für Integration und Migration 2022, <https://www.svr-migration.de/jahresbericht-2021-jahrzehnt-der-einbuergerung/>, 29.11.2022). Um diesen Anstieg bewältigen zu können, müsse in den Kommunen (neben anderen Maßnahmen wie der Einführung digitaler Verfahren und der Optimierung von Arbeitsprozessen) rechtzeitig und in ausreichendem Maße Personal gewonnen werden – zumal die von der Ampel im Koalitionsvertrag vereinbarten und aktuell heftig diskutierten Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts „einen zusätzlichen Einbürgerungsboom auslösen“ könnten (Sachverständigenrat für Integration und Migration 2022, <https://www.svr-migration.de/presse/presse-forschung/einbuergerungsaufkommen/> 29.11.2022).

In Mannheim arbeiten die Mitarbeiter*innen der Abteilung 33.24 Einbürgerungen bereits jetzt an der oberen Belastungsgrenze, kommen mit der Bearbeitung der Rückstände und der neuen Anträge nicht nach und müssen dringend entlastet werden. Die dünne Personaldecke resultiert in einer aktuellen Wartezeit von neun Monaten für eine Einbürgerung und wird sich bei der prognostizierten Entwicklung ohne zusätzliches Personal weiter verlängern. Antragsstau und Frustration sind die Folge – sowohl auf Seiten des Personals als auch auf Seiten der Antragsstellenden. Zudem können zu lange Wartezeiten die Motivation der Einbürgerungswilligen beeinträchtigen und das vorhandene Einbürgerungspotenzial gefährden. Diese Verschärfung der Situation kann sich eine Stadt wie Mannheim, die seit jeher von Zuwanderung geprägt ist, Vielfalt lebt sowie gesellschaftliche Teilhabe sichern und die Demokratie in der Stadtgesellschaft stärken will, nicht leisten. Die personelle Aufstockung der Abteilung Einbürgerung ist deshalb eine notwendige und angemessene Reaktion der Stadtverwaltung auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen.

Mit freundlichen Grüßen


Zahra Alibabanezhad Salem
Vorsitzende


Gledis Londo
stellv. Vorsitzende


Hussein Abdi
stellv. Vorsitzender


Erich Schimmel
stellv. Vorsitzender